

16.49

**Bundesrat Martin Weber** (SPÖ, Steiermark): Herr Präsident! Meine Herren Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter anderem in einem Punkt bin ich mit dem Herrn Bundesminister d'accord: Österreich gehört zu den sichersten Ländern der Welt.

Auch der Aussage des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, des Herrn Konrad Kogler, kann ich zustimmen. Auch ich bin damit einverstanden, dass die Menschen in unserem Land einen Ansprechpartner für das wichtige Thema Sicherheit und für ihre Ängste brauchen. Ich teile aber auch die Meinung des Bürgermeisters von Schärding, der dieses Projekt eher ablehnt und nicht befürwortet. Wir müssen auch diese Ängste, diese Befürchtungen ernst nehmen und hören. Er ist auch kein Befürworter eines Privatsheriffs, dass also Bürger sozusagen mit einem Sheriffstern, bewaffnet mit Fotoapparat, Taschenlampe, Handy – das wäre noch die gelindeste Ausstattung –, auf Wache, auf Streife gehen. (*Bundesrätin Mühlwerth: Das ist ein romantisches Bild!*)

Heute – gerade zuvor – habe ich im ORF-Newsletter gelesen, dass in der sächsischen Gemeinde Arnsdorf drei private Männer einen kranken Asylwerber mit Kabelbindern an einen Baum gefesselt haben. Also so soll dieses Pilotprojekt nicht enden, auf solche möglichen negativen Auswirkungen sollen wir schon im Vorfeld achten. Einer dieser Bürger war übrigens auch Gemeinderat der CDU.

Aber es gibt auch positive Ansätze, es gibt auch positive Themen bei diesem Projekt „Gemeinsam Sicher“. Es spricht nichts dagegen, dass Bürger und Exekutive einen besseren Meinungsaustausch pflegen. Es spricht nichts dagegen, dass es ein gewisses Feedback zwischen Bevölkerung und Polizei geben soll, zum Beispiel dahin gehend, wo es im öffentlichen Raum zu wenig Beleuchtung gibt, wo ein Gefühl der Unsicherheit entsteht, wo zum Beispiel ein Zebrastreifen fehlt, wo zu wenig Streifendienst gemacht wird.

Es spricht auch nichts dagegen, die Informationsweitergabe zu verstärken, zum Beispiel die Kriminalitätsstatistik vom eigenen Heimatbezirk. Es gibt auch positive Beispiele: Vielleicht ist dieser Sicherheitsgemeinderat ein wenig vom Beispiel des EU-Gemeinderates abgekupfert, welcher die Themen und die europäischen Ideen in den Kommunen der Bevölkerung näherbringt.

Wir müssen das Thema aber auch kritisch betrachten, zumindest in dem Teil, wo der Bürger in die Gefahr kommt, ins operative Handeln der Exekutive eingebunden zu

werden. Wo darf ein Bürger bei Polizeihandlungen mitmachen? Wir dürfen auch nicht Querulanten eine Bühne für ihr Handeln geben. Die Aufgaben der Exekutive sind nicht die Aufgaben der Mandatäre und Mandatarinnen in den Kommunen. Dort fehlt die Kompetenz, dort fehlt auch das Fachwissen, das Know-how dafür.

Sicherheitsgemeinderäte würden dort ja ohne Rechtssicherheit wirksam werden. Es würde auch Fälle wie Schlichtungen von Nachbarstreitigkeiten betreffen, bei Einbrüchen, bei Diebstählen würde der/die eine oder andere Mandatar oder Mandatarin wahrscheinlich völlig überfordert sein. Da muss es eine ganz klare Trennung geben, was der Sicherheitsgemeinderat darf, was der Sicherheitsbürger darf und was nach wie vor Aufgabe der Polizei ist.

Einen weiteren Aspekt gilt es bei diesem Thema zu betrachten, da dieses Pilotprojekt wieder einmal mehr den sogenannten grauen Finanzausgleich stärkt. Die Gemeinden bekommen ohne Bezahlung eine zusätzliche Aufgabe übertragen, ohne dass das finanziell abgegolten wird, zumindest ist mir bis jetzt nichts Derartiges bekannt.

Natürlich sollten wir auch die kritische Haltung der Polizeigewerkschaft – wir haben es heute schon gehört – ernst nehmen: Wie betrifft das die Überstunden? Gibt es zusätzliche Kontingente? Gibt es eine Doppelgleisigkeit? Wie kann das vermieden werden? Die Exekutive ist im normalen Dienstbetrieb, was die Überstunden betrifft, jetzt schon schwer unter Druck.

Eine Bitte habe ich an den Herrn Bundesminister – dieses Pilotprojekt wird ja auch wissenschaftlich begleitet –, nämlich dass wir nach dieser wissenschaftlichen Abhandlung zeitnahe einen Bericht darüber bekommen, welche Vorteile sich aus diesem Pilotprojekt ergeben haben, welche Nachteile, welche guten Beispiele wir anführen können und welche negativen Vorkommnisse es gegeben hat.

Meiner Meinung nach sollten wir diesem Pilotprojekt schon auch diese Chance geben. Hoffen wir, dass daraus kein Bruchpilot wird. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.)*

16.55

**Vizepräsident Mag. Ernst Gödl:** Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesrat Stögmüller. – Bitte.